

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister,

sehr geehrter Herr Finanzsenator,

am morgigen Tag soll der Senat die Liste der neuen Standorte für modulare Flüchtlingsunterkünfte beschließen. Aus diesem Grund möchten wir Sie hiermit (abermals) darauf hinweisen, dass die politische Vorgehensweise am südlichen Berliner Stadtrand, genauer gesagt in Lichterfelde, zynisch, gar perfide ist und ihresgleichen erstmal suchen muss.

Die Bezirksbürgermeisterin von Steglitz-Zehlendorf soll Medien zufolge als Alternativstandort für den vom Senat vorgeschlagenen Osteweg 63, den Dahlemer Weg 247 eingebracht haben - wohlwissentlich, dass sich an diesem Standort in einem Radius von 300 Metern bereits zwei Flüchtlingsunterkünfte befinden. Darüber hinaus handelt es sich bei dem Grundstück um eine „Geschützte Grünanlage“, die in dieser Form seit über 60 Jahren existiert. Als notwendige Ausgleichsfläche beherbergt sie zahlreiche Vogelarten, bspw. Habichte und Bussarde, Säugetiere wie Fledermäuse, Füchse und Wildschweine sowie zahlreiche am Boden lebende Tierarten, u.a. Ringelnattern, Zauneidechsen und Molche.

Ein anderer - nicht unwesentlicher - Aspekt ist, dass die Entscheidung für eine modulare Flüchtlingsunterkunft am Standort Dahlemer Weg 247 den im Rot-Rot-Grünen Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarungen widersprechen würde:

- „Die Integration Geflüchteter sieht die Koalition als zentrale ressortübergreifende Aufgabe an.“, Seite 118
- „Die Koalition verfolgt ein Konzept, mit dem die Unterbringung geflüchteter Menschen kleinteilig und dezentral in Wohnungen gewährleistet wird.“, Seite 25
- „Berlins natürliche Ressourcen zu schützen und die grüne Infrastruktur zu stärken, sind Kernanliegen der Koalition.“, Seite 159
- „Information und Einbindung der Anwohner*innen bei neu zu errichtenden Unterkünften sowie die Sicherstellung der notwendigen kommunalen Infrastrukturen wie Kindertagesstätten und Schulen einschließlich deren struktureller, organisatorischer und finanzieller Untersetzung.“, Seite 118

Augenscheinlich ist eine Integration nicht ernsthaft beabsichtigt, ansonsten ist es kaum zu erklären, dass dieser infrastrukturell schwache Standort überhaupt in Betracht gezogen wird. Am äußeren Stadtrand, fern von geforderter aber doch so benötigter Infrastruktur, soll eine der größten Flüchtlingsunterkünfte Berlins (gemeinsam mit den Unterbringungen in der Goerzallee 307 und Wupperstraße 17, dann circa 750 geflüchtete Menschen) entstehen.

Die Anwohner wurden zu keiner Zeit informiert, geschweigen denn miteinbezogen.

Sämtliche Schreiben an den Senat, den Bezirk oder die Integrationsbeauftragte wurden - wenn überhaupt - nur allgemein beantwortet. In der Umgebung macht sich derweil Unmut

breit: Die wenigsten Anwohner wissen von den Absichten seitens Bezirk und Senat; Informationen werden nur aus der Presse gewonnen. Zwischenzeitlich wurden von über 500 Anwohnern Unterschriften zum Erhalt der Grünanlage und gegen eine etwaige Bebauung des Standortes gesammelt; eine Bürgerinitiative befindet sich in Gründung.

Festzustellen ist, dass wir als Anwohner nicht tatenlos zusehen werden wie hier am Stadtrand in aller Seelenruhe und vollkommen intransparent ein Biotop einem Bauvorhaben weichen soll. Spätestens vor Gericht, wenn Ihr Vorhaben juristisch geprüft wird, werden Sie unsere berechtigten Einwände nicht mehr ignorieren können.